

=====

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

(Karl Liebknecht)

=====

DER SPARTAKIST

=====

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

=====

August 1953

Nr. 78

Preis S 2.-

=====

VIER MILLIONEN STREIKEN IN FRANKREICH!

Das kapitalistische Blatt "Die Presse" charakterisiert den plötzlich ausgebrochenen Massenstreik in Frankreich mit folgenden Sätzen:

"Die Streikbewegung, die seit Donnerstag der Vorwoche Frankreich heimsucht, plötzlich zu einem Massenaufstand anschwell, dann wieder absackte, um neuerlich aufzuleben und zu diesem Wochenende fast vier Millionen Arbeiter und Angestellte zu erfassen, ist an sich schon erstaunlich genug. Streiks im Ferienmonat lieben die Franzosen ansonsten nicht. Daß sie trotzdem und mit solcher Vehemenz und Kettenreaktion auftraten, zeigt, daß ihnen ein tiefes seelisches Malaise, ein nationales Unbehagen, das die Dämme brach, zugrunde liegt. Sie können nicht in die Kategorie der üblichen sozialen Konflikte eingereiht werden; in ihnen wird der Zustand der inneren Gärung nunmehr akut!"

("Presse" 14.8.1953, Unterstreichungen von der Red.)

Die latente soziale Krise Frankreichs, das Unvermögen der herrschenden Klasse auch nur eine der entscheidendsten Fragen der Nation zu lösen, hat in immer größerem Ausmaß den Unmut und die Verbitterung der Massen hervorgerufen.

Die französische Bourgeoisie führt schon seit Jahren einen verlustreichen Kolonialkrieg in Indochina, der gewaltige Mittel des Landes verbraucht und letzten Endes aussichtslos geworden ist. In den nordafrikanischen Kolonien wird die Lage für die französische Kolonialherrschaft immer unhaltbarer. Die jetzt in Marokko verfolgte Abenteuerpolitik Frankreichs nach dem Prinzip: "Teile und herrsche" wird im Endergebnis nur den Bürgerkrieg und die Revolution beschleunigen.

In Europa ist Frankreich durch den Wiederaufstieg der westdeutschen Bourgeoisie überflügelt worden. Es fürchtet die Wiederaufrüstung Deutschlands und hemmt die Kriegsvorbereitungen Amerikas, in dem es die Aufstellung der Europaarmee immer wieder hinauszögert. Frankreich ist der kranke Mann Europas geworden.

Die französische Wirtschaft stagniert und die Produktion geht zurück. Die steigende Inflation verschärft die soziale Unsicherheit und die Ausplünderung der Massen, deren Lebensstandard immer mehr absinkt.

Das französische Episkopat stellt dazu in einem Bericht über die soziale Lage in Frankreich einige interessante Tatsachen fest, die wir hier auszugsweise wiedergeben:

"Der Zustand einer gewissen Müdigkeit bei der Arbeiterschaft darf nicht zu falschen Schlußfolgerungen verleiten; vielleicht gibt es schon morgen ein sehr heftiges Erwachen. Fast alle Lohnempfänger fühlen sich als Opfer einer organisierten Ungerechtigkeit. Sie stellen fest, daß sie bei der augenblicklichen Verteilung der Güter um einen Teil der ihnen zustehenden Gewinne betrogen werden. Denn sowohl die individuellen Löhne wie die Gesamtlohnsumme einschließlich der Zulagen (Sozialversicherungen und Familienbeihilfen) liegen proportionell unter dem Vorkriegsniveau; ihre Kaufkraft hat abgenommen, während gleichzeitig das Nationaleinkommen gestiegen ist.... Die Arbeiter glauben, ein gewisses Recht auf ihre Betriebe zu haben, das aber die heutige Gesellschaft nicht anerkennen will.....

Es muß sogar betont werden, daß die mißliche Lage der Arbeiterschaft nicht in erster Linie ein Lohnproblem ist. Es handelt sich um ein tieferes, ein eigentlich menschliches Problem mit einem echt spirituellen Aspekt. Das sehr klare Bewußtsein von den menschlichen Möglichkeiten, die ihnen versagt, sind, nährt bei den Arbeitern das ungedulige Verlangen nach einer Reform der Strukturen. Die Arbeiterschaft glaubt eher an eine Reform der Strukturen als an eine solche der Sitten. Das Vertrauen auf den Sozialismus bleibt dabei unvermindert. Die Bestrebungen tendieren mehr zu einer Revolution durch Gewalt, als zu einer Revolution durch Übereinkunft...." ("Die Kirche", 15.8.1955. Hervorhebungen auch im Original).

Die Kirche stellt hier mit deutlichen Worten, aber vergeblichen Mahnungen an die Bourgeoisie fest, daß Frankreich am Vorabend einer Revolution steht.

~~Der französische Staat~~ ~~hat~~ ~~zu~~ ~~dem~~ ~~jetzt~~ ~~ausgebrochenen~~, gewaltigen Massenstreik war das auf Grund von Verordnungen oktroyierte Sparprogramm der Regierung Laniel. Es sollte die erste Etappe eines umfangreichen Sanierungsprogrammes auf Kosten der Massen bilden. Die Sozialgesetzgebung sollte verschlechtert, die Löhne gesenkt und die Mieten erhöht werden.

Der spontan ausgebrochene Streik ist gekennzeichnet durch die einheitliche Aktion der kämpfenden Arbeiter, ihre Ausdauer und Kampfesentschlossenheit, die auch die Gewerkschaftsführungen nach anfänglichem Zögern zur einheitlichen Unterstützung und Führung des Streiks zwang. Die Arbeiter wissen jetzt, daß es darum geht, der reaktionären Regierung eine Niederlage beizubringen.

Die wirtschaftlichen Ziele des Streikes sind:

Zurücknahme der Verordnungen und eine allgemeine Erhöhung des Mindestlohntarifes! Wiederherstellung der Streikfreiheit, Falllassen aller angedrohten Repressalien gegen die streikenden Staatsangestellten! Die reformistischen und stalinistischen Spitzen fordern außerdem die sofortige Einberufung des Parlaments; ihre Absicht ist, den außerparlamentarischen

Kampf der Massen durch den parlamentarischen zu "ersetzen". Es ist klar, daß in der gegenwärtigen Lage, in der sich der Streik jederzeit zum Generalstreik ausweiten kann und dieser wiederum die Machtfrage auf die Tagesordnung setzt, die Auseinandersetzung im Parlament nur eine Spiegelfechterei sein kann.

Die Regierung setzte bis jetzt dem Streik, der fast die gesamte Wirtschaft lahmlegt, ein entschlossenes, zugleich aber ohnmächtiges Nein entgegen. Alle ihre Versuche, die Arbeiter zu betrügen und mit leeren Versprechungen, ohne Bewilligung ihrer Forderungen, zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, scheiterten bis jetzt. Auch die Versuche der SP, ein Kompromiß zustande zu bringen, blieben bis zur Stunde ergebnislos, denn der Streik ist ein politischer Kampf größten Ausmaßes geworden, in dem es letzten Endes um die Machtfrage geht.

Der Bourgeoisie ist das von den ersten Stunden der Ausweitung des Kampfes an bewußt gewesen, umso mehr jetzt, wo alle bisherigen Vermittlungsversuche ergebnislos geblieben sind. Die Nachricht vom Abbruch der Verhandlungen mit dem SP-Gewerkschaftsführer Jauhoux, die Erklärung seitens der Regierung, mit den Streikenden nicht weiter zu verhandeln und die Zusammenziehung von Truppen um Paris zeigt, daß die Bourgeoisie die Arbeiter einschüchtern und mit Gewalt niederzwingen will, um die Macht zu behaupten.

Kann in diesem gewaltigen Kampf in der gegenwärtig zugespitzten Gesamtlage des französischen Imperialismus überhaupt ein für die Bourgeoisie tragbares und für die Arbeiterklasse annehmbares Kompromiß gefunden werden? Die SP-Führung, die durch die von der Stalinpartei verfolgte Taktik, sich selbst im Hintergrund zu halten, die politische Verantwortung für die Führung des Streikes innehat, bemüht sich um ein solches Kompromiß. Für die Bourgeoisie sind aber die Forderungen nach Zurücknahme der "Reformmaßnahmen" und das Verlangen nach Lohnerhöhungen unannehmbar, denn die Annahme dieser Forderungen würde nicht nur eine offene Niederlage der Bourgeoisie bedeuten, sondern auch ihre wirtschaftlichen und politischen Pläne durchkreuzen. Die SP muß gegenwärtig dem Druck der im Kampf stehenden Massen Rechnung tragen und gegen die Bourgeoisie die Arbeiterinteressen verteidigen. Sie ist darüber hinaus aber nicht bereit, den politischen Kampf um die Macht zu führen. Ihr eigentliches politisches Ziel ist noch immer, die Koalition mit der Bourgeoisie herzustellen, dieser die Koalition unter dem Druck der Massen aufzuzwingen.

Die Stalinpartei überläßt die Führung des Kampfes der SP, weil sie selbst gegenwärtig im Sinne der Kremlpolitik an einer Ausweitung und Zuspitzung der Kämpfe zu einer entscheidenden Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie nicht interessiert ist. Das politische Ziel der Stalinburokratie ist letzten Endes, die Bourgeoisie zu schwächen und sie zu zwingen, mit ihr eine auflage der "Volksfront" zu bilden, um die Außenpolitik Frankreichs im Sinne des Kremls zu ändern. Aber auch die Stalin kann sich nicht gegen den Streik stellen, auch sie muß den der Massen Rechnung tragen und praktisch eine Einheitsfront der SP bilden, die sie gestern noch als Schrittmacher der Koalition und Helfershelfer de Gaulles beschimpft hat.

Unsere französischen Genossen von der PCI haben bereits Anfangs Juni in einer ausführlichen Analyse die gegenwärtige Lage vorausgesehen und in einem Appell an die Arbeiterklasse diese aufgefordert, die Chancen, die sich ihr bieten werden, durch die

Bildung einer Kampfeinheitfront von SP und KP zum Sturz der bürgerlichen Regierung und deren Ersetzung durch eine Arbeiterregierung, die sich auf die Gewerkschaften stützt, auszunützen.

KOREA - DEUTSCHLAND - ÖSTERREICH.

Nach mehr als drei Jahren Krieg ist es in Korea zu einem Waffenstillstand gekommen. Eine Bilanz des Krieges fällt für den Imperialismus im allgemeinen und für den amerikanischen Imperialismus im besonderen recht ungünstig aus. Militärisch endete der Krieg dort, wo er vor drei Jahren begonnen hat; politisch ist er zu einer der größten Niederlagen des Imperialismus in Asien geworden. Selbst die USA-Presse gibt zu, daß China heute konsolidierter und mächtiger ist als am Beginn des Krieges und daß sein Prestige in allen Ländern Asiens in ständigem Wachsen ist. Das Prestige der imperialistischen Großmächte ist dagegen, nicht zuletzt durch den Verlauf des Korea-Krieges, in raschem Rückgang. An dieser Tatsache ändern auch alle Erklärungen des amerikanischen Imperialismus, wie "die kollektive Sicherheit habe sich durchgesetzt, der Aggression wurde Einhalt geboten", nichts.

Wie stehen die Aussichten für einen Friedensschluß in Korea? Ein Kompromiß zwischen den Großmächten in Asien von einiger Dauer wäre nur dann denkbar, wenn die Basis für ein Kompromiß im Weltmaßstab vorhanden wäre.

Der Imperialismus ist, besonders in Asien, wo sich durch die ständige Weiterentwicklung der kolonialen Revolution das Kräfteverhältnis verändert, in einer fatalen Lage. Die militärischen Interventionen in Indochina und Nordkorea sind trotz der ungeheuren Kosten, die Frankreich an den Rand des Bankrotts gebracht und selbst dem amerikanischen Imperialismus zu viel werden, erfolglos geblieben. Die Imperialisten haben zwar erkannt, daß das Zentrum der kolonialen Revolution China ist, aber was nützt ihnen diese Erkenntnis; mit China können sie sich zumindest vorläufig aus verschiedenen Gründen in keinen offenen Konflikt einlassen. Erstens sind sie sich über die Chinapolitik untereinander nicht einig, und zweitens sind sie sich klar, daß ein offener Konflikt mit China die Auslösung des Weltkrieges bedeuten würde.

Die Politik des amerikanischen Imperialismus in Asien ist an einem toten Punkte angelangt. England und Frankreich stehen in der Chinafrage im Gegensatz zum amerikanischen Imperialismus, sie haben China anerkannt und wollen es in die UNO aufnehmen. Indien hat Dulles die kalte Schulter gezeigt, es will sich nicht in die imperialistische Front einreihen. So ist der USA-Imperialismus auf seine eigenen Kräfte angewiesen. In seinem Bericht über die Außenpolitik anfangs August konnte Eisenhower außer einigen Phrasen über den Waffenstillstand in Korea auf keinen einzigen Erfolg in Asien hinweisen. Als einzigen "Erfolg" gab er den amerikanischen Steuerzahlern bekannt, daß sie nun, nach den schlimmen Erfahrungen mit Tschangkeischek, die Ehre hätten,

Syngman Rhee mit einer Milliarde Dollar zu finanzieren.

Warum China und Nordkorea bereit waren, den Waffenstillstand abzuschließen, liegt auf der Hand. Militärisch können sie nichts durch den Waffenstillstand verlieren, und politisch arbeitet die Zeit für sie. Aber was hat den amerikanischen Imperialismus zum Abschluß des Waffenstillstandes bewogen? Verschiedene Gründe dürften ihn dazu veranlaßt haben:

1. Die Aufrüstungskonjunktur hält in den USA an. Von einer weiteren Steigerung der Aufrüstung wurde vorläufig abgesehen, um die inflationistischen Tendenzen abzubremsen. Ökonomisch sehen die Führer des amerikanischen Imperialismus in der allernächsten Zukunft keine Notwendigkeit, den Krieg auszulösen.
2. Die Führung des amerikanischen Imperialismus hat eingesehen, daß die Entscheidung im kommenden Krieg in Europa fallen wird. Aber gerade in Europa haben die Pläne der USA-Imperialisten schwere Rückschläge erlitten (Wahlergebnis in Italien, antiamerikanische Tendenzen in der französischen und englischen Bourgeoisie). Atlantikpakt und Europaarmee existieren eher auf dem Papier als in der Wirklichkeit. Der USA-Imperialismus will zumindest versuchen, in Asien freiere Hand zu bekommen, um seine Positionen in Europa festigen zu können.
3. Der seit dem Tode Stalins immer stärker in Erscheinung tretende Widerstand der Massen gegen die Bürokratie im Einflußbereich des Kremls erweckt im Lager Eisenhovers die Hoffnung, die Entwicklung dieser Massenbewegung zumindest propagandistisch ausnützen zu können. Die Sprengung des Bündnisses zwischen SU und China, die der englische und französische Imperialismus versuchen wollen, erscheint dagegen den amerikanischen Imperialisten als Illusion. Ihr Verhalten gegenüber China beweist das.

Weder die Lage des USA-Imperialismus, und auf ihn kommt es in erster Linie an, noch die Lage des Kremls gestattet den Abschluß eines Kompromisses von längerer Dauer. Der Waffenstillstand in Korea wird höchstens eine verhältnismäßig kurze neue Phase des "Kalten Krieges", eine Phase des Abwartens und Abtastens, einleiten. Diese Phase kann für die Entwicklung der Weltrevolution sehr wichtig werden. Aber wir müssen jederzeit mit jähen Wendungen rechnen.

Der amerikanische Imperialismus versucht durch Vervollständigung und Konsolidierung seiner Positionen in Europa eine günstige Ausgangsposition für den kommenden Krieg zu gewinnen. Aber die Entwicklung der Revolution in Westeuropa kann ihn zu raschem Handeln zwingen. Frankreich steht am Vorabend einer Revolution. Die gegenwärtigen Ereignisse (Generalstreik der Staatsangestellten) dürften nur der Beginn eines neuen Aufschwungs der Massenbewegung sein. Bei einer den Fortbestand des französischen Kapitalismus bedrohenden Entwicklung der Massenbewegung wird es dem amerikanischen Imperialismus unmöglich sein, weiter zuzusehen. Das Risiko des Krieges wäre geringer als das Risiko eines Sieges der proletarischen Revolution in Westeuropa.

Der deutsche Kapitalismus hat in den letzten vier, fünf Jahren einen einzigartigen Wiederaufstieg durchgemacht. Obwohl das Territorium und die Einwohnerzahl des vom Kapitalismus beherrschten Teiles Deutschlands um $\frac{1}{3}$ kleiner ist als das Deutschland vor 1938, hat es die Produktion von damals bereits überschritten. Westdeutschland allein ist zum größten Industriestaat Europas geworden.

Mit der fortschreitenden Konsolidierung des Kapitalismus wurde Deutschland zur wichtigsten Bastion des amerikanischen Imperialismus in Europa. Die Regierung Adenauer hat ihre Chance wahrgenommen, sie rückt immer mehr zum gleichberechtigten Partner des Atlantikpakt auf. Adenauers Bedeutung ist heute so gestiegen, daß die Westmächte ohne seine Konsultierung keine große außenpolitische Entscheidung mehr treffen.

Deutschland ist aber auch zum wichtigsten Brennpunkt des "Kalten Krieges" geworden. Der Verlust Adenauer-Deutschlands würde für den amerikanischen Imperialismus katastrophale Folgen haben. Die Neutralisierung Deutschlands, d.h. die Herausreißung Westdeutschlands aus dem Atlantikpakt, wahrscheinlich selbst um den Preis des Fallenlassens Ostdeutschlands, ist das Ziel der Außenpolitik des Kreml. Wenn der USA-Imperialismus und die deutsche Bourgeoisie von einem geeinten Deutschland sprechen, dann meinen sie ein Adenauer-Deutschland. Wenn die Malenkov & Co. von einem geeinten Deutschland sprechen, dann meinen sie ein Deutschland unter Führung einer machtlosen Regierung, die vom Kreml abhängt. Weder der USA-Imperialismus noch der Kreml wünschen ein Deutschland, das unabhängig, demokratisch und sozialistisch ist, wie es die Massen in West- und Ostdeutschland erstreben.

Den Wahlen anfangs September in Deutschland kommt dadurch große Bedeutung zu; sie werden wichtige Aufschlüsse über die Stimmung der Massen bringen. Obwohl die sozialen Gegensätze mit dem Aufstieg der deutschen Bourgeoisie stark zugenommen haben, so werden diese Wahlen dennoch in erster Linie außenpolitische sein. Es wird über den proamerikanischen Adenauer-Kurs abgestimmt werden.

Wenn auch die außenpolitische Position der SP sehr viele Wenn und Aber enthält, so läuft sie dennoch auf einen antiamerikanischen Kurs hinaus. Außerdem ist die SPD Oppositionspartei,+) der Massen gegen die Lasten, die ihnen die Adenauer-Regierung auferlegt, zugutekommt. Sie hat alle Aussichten, bei den Wahlen gut abzuschneiden. Die Politik der SPD-Führung ist im besten Falle rechtazentristisch, aber selbst eine solche Politik kann in einer kritischen Lage den Massen einen wichtigen Impuls geben. Die Widersprüche und die Inkonsistenz der Politik der SPD-Führung werden sich erst zeigen, wenn die Arbeitermassen der SP zu einem Wahlsieg verholfen haben und dann von ihr den nächsten Schritt verlangen werden. Es wird die Aufgabe der revolutionären Elemente in Deutschland sein, aus dieser für die Entwicklung nach vorwärts günstigen Situation zu profitieren.

Wenn sich auch die SPD-Führung den heroischen Junikämpfen der ostdeutschen Arbeiter gegenüber als hilflos erwiesen hat, so verbesserten diese Ereignisse die objektive Kampflage der deutschen Arbeiterklasse sehr. Die westdeutschen Arbeiter haben die Erfahrung gemacht, daß sie mit Adenauer Schlußmachen müssen, um vorwärts zu kommen. Die ostdeutschen Arbeiter haben die Erfahrung gemacht, daß die moskauhörige SED-Führung das größte Hindernis auf dem Weg zum Sozialismus ist. Die Summe dieser Erfahrungen wird in den Kampf um ein geeintes sozialistisches Deutschland münden. Die Arbeiterklasse selbst stellt hiermit das wichtigste und komplizierteste Problem in Deutschland, die Wiedervereinigung Ost- und

+) wodurch ihr die Opposition

Westdeutschlands im fortschrittlichen Sinne. Die Logik der Ereignisse treibt die SPD-Führung vor sich her.

Nach der Niederlage Degasperi's würde eine eindeutige Niederlage Adenauers einen schweren Rückschlag für den amerikanischen Imperialismus bedeuten. Die USA-Imperialisten versuchen daher mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Propaganda, Adenauer zu unterstützen. Dazu gehört auch die Paketaktion für Ostdeutschland. Aber diese amerikanischen Propagandaaktionen fallen zusammen mit einer ansteigenden antiamerikanischen Stimmung in ganz Europa. Die Basis dieser antiamerikanischen Stimmung sind zweifellos die immer mehr ansteigenden Lasten der Aufrüstung in den westeuropäischen Ländern. Wir sollen die von hunderten Millionen Dollar genährte amerikanische Propagandamaschine in Film, Rundfunk und Presse nicht unterschätzen, aber ihre Wirkung wird durch die den Massen erkennbaren Auswirkungen der USA-Politik zumindest kompensiert.

Der Kreml hat mitte August neue Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland vorgelegt. Die größten Konzessionen gegenüber seinem bisherigen Standpunkt sind die Abhaltungen von gesamtdeutschen Wahlen vor einer Wiedervereinigung Ost- und Westdeutschlands und die Einstellung aller Kontributionen ab 1. Jänner 1954. Zweifellos sind auch diese Vorschläge in erster Linie darauf abgestimmt, Adenauer im Wahlkampf den Wind aus den Segeln zu nehmen. Da die westdeutsche KP in den Wahlen fast keine Aussichten hat, was auch dem Kreml bekannt sein dürfte, so sind diese neuerlichen Konzessionen als eine Unterstützung der SPD gedacht. Und in dieser Hinsicht dürften sie nicht wirkungslos sein. Sie liegen bis auf die Anerkennung der Oder-Neiße Grenze auf der Linie des SPD-Standpunktes: "Man muß alles versuchen, um mit den Russen zu verhandeln, bevor man sich den Amerikanern mit Haut und Haaren verkauft." Und bei diesem Anbot steht sich das Verhandeln dafür, auch für die deutsche Bourgeoisie.

Welche Aussichten hat ein gesamtdeutscher Friedensvertrag? Ein solcher Vertrag, der von seiten der SU die Preisgabe Ostdeutschlands und von seiten des USA-Imperialismus die Preisgabe Westdeutschlands und damit der Europaarmee-Konzeption voraussetzt, würde tatsächlich ein Kompromiß auf längere Sicht bedeuten. Ein solches Kompromiss ist bei der gegenwärtigen Entwicklung der Klassenkämpfe in Westdeutschland unwahrscheinlich.

Aber nicht die Diplomaten des Kreml und des USA-Imperialismus werden über die Zukunft Deutschlands entscheiden, sondern der Gang der Klassenkämpfe auf deutschem Boden und in der internationalen Arena. Die deutsche Arbeiterklasse wird bei den kommenden Ereignissen ein wichtiges Wort mitzureden haben.

X X X

Die Politik des Kreml gegenüber der österreichischen Bourgeoisie ist ähnlich der gegenüber der deutschen: die österreichische Bourgeoisie soll dem Einfluß des amerikanischen Imperialismus entzogen werden.

Seit Stalins Tod hat die SU Österreich bedeutende Erleichterungen gewährt (Aufhebung der Zonenkontrolle, Verzicht auf die Besatzungskosten, Aufhebung der Zensur, Freilassung von verhafteten Österreichern). Diese Konzessionen, die man zu den nicht unbedeu-

tenden Konzessionen des amerikanischen Imperialismus kommen, ermöglichen den österreichischen Kapitalisten, zu lavieren. Ihr Regime, das durch die rechte Politik der SP-Führung gestützt wird, erhält dadurch auch eine relative wirtschaftliche und politische Stabilität. Dadurch wird aber auch die rechte SP-Politik ermöglicht, ihr Reformismus erhält dadurch eine, wenn auch sehr labile Basis.

Welche Aussichten hat die österreichische Bourgeoisie ihren "Staatsvertrag" zu erhalten? Muß sie tatsächlich so lange warten, bis sich die Imperialisten und der Krenl auf höherer Ebene und breiterer Basis einigen, d.h. praktisch: Ist kein Ende der Besetzung in Österreich abzusehen?

Diese Frage kann man keineswegs eindeutig mit nein beantworten. Erstens ist die österreichische Bourgeoisie zum Unterschied von der deutschen viel zu bedeutungslos, um eine allzugroße Gefahr nach Erreichung ihrer "Selbstständigkeit" für die Großmächte zu bedeuten. Zweitens ist die wirtschaftliche und strategische Bedeutung Österreichs nicht so groß, daß eine Konzession in dieser Hinsicht die Preisgabe einer Position ersten Ranges bedeuten würde.

Die Reaktion der österreichischen Bourgeoisie auf die überraschenden Konzessionen der SU ist eine geteilte. Es gibt einen Teil der österreichischen Bourgeoisie, die ihre Vertreter auch in der Handelskammer und in der ÖVP (Raab mit seinem pro-österreichischen Heimwehrflügel) hat, die in einer Annäherung an die SU große Vorteile sieht. Ihre devote Haltung ("Bitte und danke") gegenüber dem Krenl wirkt sogar komisch. Aber dieser Mangel an "Würde und Haltung" ist typisch für die Handelskammer und CV-Cliquen in der ÖVP. Was diese Leute betrifft, so sind sie bestimmt bereit, ihre Amerika-Politik fallen zu lassen, wenn ihnen auf der anderen Seite mehr Vorteile winken (Handelsverträge, Übergang zu einer Politik der "nationalen Interessen" der KPÖ usw.). Man kann einwenden, daß dies ein unglaubliches Maß an mangelnder Voraussicht und mangelndem Klassenbewußtsein bedeuten würde. Das trifft zum Teil zu, das zeigt aber nur den Grad der Fäulnis innerhalb des Lagers der Bourgeoisie. Sollte es zu einer solchen Wendung eines Teils der ÖVP kommen, dann werden sie sehr vorsichtig sein und auch gewisse Garantien verlangen.

Ein anderer Teil, der proamerikanische und zum großen Teil auch prodeutsche Flügel der österreichischen Bourgeoisie reagierte auf die Konzessionen der SU in der Hinsicht, dass er jetzt die Zeit für gekommen sieht, selbst Forderungen zu stellen, ähnlich wie Adenauer. Diese Leute stellen z.B. die Forderung auf, die in dem Staatsvertragsentwurf enthaltene Entschädigung für das "deutsche Eigentum" von 150 Millionen Dollar sei überholt, sie müsse gekürzt oder ganz gestrichen werden.

In der Arbeiterklasse haben die Erleichterungen des russischen Besatzungsregimes keinen besonderen Widerhall gefunden, dazu kamen sie viel zu spät. Die Stalinpartei ist daher auch nicht imstande aus dieser für sie so wichtigen neuen Lage, besondere Vorteile zu ziehen, dazu ist sie in den Arbeitermassen viel zu stark mißkreditiert. Die SP-Führung hat es daher nicht schwer, neben ihrer alten Koalitionspolitik mit den schweren Folgen für die Arbeiterklassen, ihre mehr oder minder offene proamerikanische Außenpolitik fortzusetzen. Im übrigen bereiten die Schärf und Föhner die Arbeiter bereits darauf vor, "daß, wenn es zu einem Staatsvertrag kommen sollte, die Zeiten für Österreich noch schweren sein werden als jetzt." Sie treten auch nicht dafür ein, daß aus dem Verzicht der russischen Besatzung auf Besatzungsgelder (150 Millionen Schillinge im Jahr) Erleichterungen für die Massen, z.B. Steuererleichterungen, bringen sollen. Sie wollen

diesen Betrag für die Sanierung des Budgets verwenden.

Unsere Aufgabe ist es, den Arbeitern, besonders den SP-Arbeitern eine revolutionäre Konzeption zur Frage Besetzung und Staatsvertrag in taktisch kluger Form näher zu bringen. Wir stellen dem "Staatsvertrag" einen Vertrag zwischen Großmächten, ohne Befragung der Bevölkerung, das Selbstbestimmungsrecht gegenüber. Wir geben weder der SU und schon gar nicht den Imperialisten das Recht, Verträge zu schließen, die ihren Interessen entsprechen und die primitivsten Rechte der Bevölkerungsmassen, die dieser Vertrag angeht, mit Füßen tritt. Die nun schon länger als acht Jahre dauernde Besetzung, kann in keiner Weise gerechtfertigt werden, weder von der SU noch von den Imperialisten. Auch dann nicht, wenn keine Besetzungskosten eingehoben werden. Wir sind für einen Friedensvertrag unter Teilnahme Österreichs ohne Sanktionen und Kontributionen.

Bei der Vertretung dieser Politik vertrauen wir keinen Augenblick der österreichischen Bourgeoisie, stellen wir keinen Augenblick unseren Kampf gegen sie ein. Wir sind der Ansicht, daß die Frage des "deutschen Eigentums", das jetzt unter der Verwaltung der USIA steht, nur so geregelt werden kann, daß alle diese Betriebe verstaatlicht werden und unter die Kontrolle der Arbeiter dieser Betriebe und der Gewerkschaften gestellt werden.

Auf der anderen Seite dürfen wir nicht übersehen, daß eine Beendigung des Besatzungsregimes günstigere objektive Bedingungen für die Entfaltung des Klassenkampfes bringen wird. Wir müssen von der SP-Führung verlangen, daß sie die Arbeiter konkret darauf vorbereitet. Der Kampf gegen die Besetzung steht im engsten Zusammenhang mit dem Kampf gegen die eigene Bourgeoisie. Die Koalitionspolitik der SP-Führung mit der Bourgeoisie ist weder während noch nach einem eventuellen Ende der Besetzung gerechtfertigt. Für die Arbeiterklasse muß das Ende der Besetzung vor allem eine Verbesserung ihrer Kampfbedingungen gegen die Bourgeoisie bringen.

Der Kampf gegen die Besetzung und für einen Frieden ohne Sanktionen und Kontributionen ist nicht zuletzt eine Frage der internationalen Solidarität. Wenn die "Comisco" Resolutionen beschließt, in denen sie für einen raschen Abschluß des Staatsvertrages für Österreich eintritt, so ist dies nicht viel mehr Wert als ein beschriebenes Blatt Papier. Was machen aber konkret die französische SP und die Labourparty? Treten sie für den Abzug der französischen bzw. englischen Besatzungstruppen von Österreich ein? Es wäre die Aufgabe aller sozialistischen Parteien nicht nur für den Abzug der Besatzungstruppen von Österreich einzutreten, sondern für den Rückzug imperialistischer Truppen aus allen Ländern, wo sie fremde Völker unterdrücken, aus Korea, aus Malaya, aus Ägypten, aus Kenia usw. Und was macht die österreichische SP in dieser Frage? Ist sie, die gegen die Besetzung in ihrem Lande kämpft, für den Kampf gegen jede fremde Besetzung, für freies Selbstbestimmungsrecht jedes Landes, jedes Volkes? Keineswegs. Daher müssen wir den sozialistischen Arbeitern sagen, daß die Voraussetzung für einen wirkungsvollen Kampf gegen die Besetzung, eine internationalistische Politik ist.